

Zukunftsgespräch „Demografischer Wandel“ / 2. Februar 2016 in Herford

Es ist nicht unmittelbar sichtbar und direkt greifen kann man es auch nicht. Dennoch ist unsere Gesellschaft dabei, sich tiefgreifend zu verändern. Immer mehr Menschen erreichen ein hohes Lebensalter, immer weniger Kinder kommen zur Welt. Es entstehen neue Partnerschafts- und Familienstrukturen, Menschen wandern über regionale und nationale Grenzen hinweg und Geflüchtete aus den Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt kommen zu uns. All diese Entwicklungen lassen sich unter dem Schlagwort des demografischen Wandels zusammenfassen.

Gerade auch in den ländlichen Gebieten wird der demografische Wandel die Entwicklung unserer Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten entscheidend prägen. Diese Veränderungen sind zum einen zweifellos eine Herausforderung und Gestaltungsaufgabe, können aber ebenso eine Chance sein. Um dies anhand der Beispiele des Kreises Herford und der Stadt Bad



Oeynhausens zu diskutieren, lud das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung am 2. Februar zu einem Zukunftsgespräch nach Herford ein. Damit sollte ein Austausch zwischen den Akteuren vor Ort initiiert, wichtige Themen in der Region im Hinblick auf den demografischen Wandel identifiziert und eine Grundlage für weitere thematische Veranstaltungen geschaffen werden. Knapp 70 Vertreterinnen aus Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, den Kirchen, sozialen Einrichtungen und Arbeitgeberinnen waren in den Sitzungssaal des

Herforder Rathauses gekommen und stellten damit ein breites Spektrum praktischen Sachverständs aus der Region dar.

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier, langjähriger Professor für Soziologie, Stadt-, Regionen- und Familienforschung an der Ruhruniversität Bochum, sowie Leiter des dortigen Zentrums für interdisziplinäre Regionalforschung, gab in einem kurzen Vortrag einen Überblick über die



demografischen Verhältnisse im Kreis Herford und in Bad Oeynhausen sowie in Nordrhein-Westfalen. Er unterstrich, dass der demografische Wandel ein Ergebnis unterschiedlicher Entwicklungen sei. So sei er neben dem Rückgang von Geburten und zunehmender Lebenserwartung ebenso von internationaler Migration sowie der regionalen Migration der mobilen Mittelschichten geprägt. Während die geburtenstarken Jahr-

gänge der 1960er zu großen Teilen in ländliche Gebiete gezogen seien, zöge es deren Kinder nun zurück in die großen Städte. Dadurch schrumpften bisher ländlicher gelegene Kommunen, in denen überwiegend Menschen mittleren und höheren Alters zurückblieben. Dies betreffe auch und gerade die Gemeinden in Ostwestfalen bzw. dem Kreis Herford und Bad Oeynhausen. Anhand von Zahlen des Statistischen Bundesamtes wies er nach, dass der Bevölkerungsrückgang hier noch stärker als in Nordrhein-Westfalen allgemein ausgeprägt sei.

Weiter merkte Strohmeier an, dass derzeit jede Generation jeweils nur zu zwei Drittel durch die nächste Generation „ersetzt“ werde. Gleichzeitig sähen sich die Menschen im Alter von 40 bis 60 Jahren einer enormen Belastung zwischen Beruf, Kindererziehung, Pflege der Eltern und der Gestaltung des eigenen privaten Lebens ausgesetzt. Dies geschehe einerseits finanziell, da diese Altersgruppe durch ihre Einkommen primär den Sozialstaat finanzierten. Andererseits betreffe dies die eigenen (zeitlichen) Ressourcen, da immer noch bis zu vier Fünftel der Pflegearbeit von der Familie geleistet werde - häufig auch neben der Berufstätigkeit. Deswegen, so Strohmeier weiter, sei Deutschland und seien insbesondere ländlichere Gebiete dringend auf Zuwanderung angewiesen. Die Zuwanderung von Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund stelle daher eine Chance dar, wenn sie richtig genutzt wird. Voraussetzung sei, über die organisatorischen Rahmenbedingungen der kurzfristigen Unterstützung und Unterbringung hinaus langfristig Integration zu fördern. Durch die Zuwanderung gestalte sich nun regelrecht ein Pfadwechsel hin zum Erfordernis, Wachstum zu gestalten. Förderung und Herstellung von Chancen- und Bildungsgerechtigkeit erstreckte sich allerdings nicht nur auf Zuwander_innen.



Die in vielen Gemeinden anzutreffende Kinderarmut beziehe sich nicht nur darauf, dass zu wenig Kinder geboren werden, sondern auch, dass zu viele dieser Kinder arm seien. Notwendig sei unabhängig von der Frage der Zuwanderung eine Anpassung der Infrastruktur. Strohmeier erklärte, dass im Kreis Herford und Bad Oeynhau-

sen in jedem dritten Haus eine Person über 60 lebe und in den Außenbereichen kaum Nahrungsmittelläden, Metzger oder Bäcker fußläufig erreichbar seien. Dementsprechend müssten mobile, haushaltsbezogene Dienste gefördert werden. Darüber hinaus sei es wichtig, Vernetzung zwischen jungen und alten Menschen auf lokaler Ebene zu fördern, um Netzwerke jenseits von klassischen Bezugsgruppen, wie Verwandtschaft und Familie zu bilden.

Stephan Schwartz, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Herford und die Stadt Bad Oeynhau-

sen, merkte an, dass das Thema des demografischen Wandels nicht neu sei, sondern den Menschen auf viele Arten und Weisen begegne. Von enormer Bedeutung sei es, im gemeinsamen Dialog der Beteiligten Lösungen zu finden. Die konkreten Konzepte für die jeweilige Stadt bzw. Gemeinde müssten individuell anhand der Entwicklung vor Ort entwickelt



werden. Gerade in enger Zusammenarbeit mit den Akteur_innen vor Ort müsse darüber beraten werden, wie Zusammenleben unter sich ändernden Gegebenheiten gestaltet werden könne. Die Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung sei ein guter Auftakt hierfür. Nun müsse gemeinsam erarbeitet werden, welche Themen und in welchem Format zukünftig in der Region bearbeitet werden könnten.

In der anschließenden Diskussionsrunde äußerten die Praktiker_innen vor Ort viele Ideen für zukünftige Fachtagungen oder Workshops, mit denen konkrete Aufgabenstellungen vor Ort näher beleuchtet und im Idealfall gelöst werden sollen. Als größere Arbeitsbereiche wurden dabei benannt: Ausbildung, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Pflege, Vernetzung und Koordination, das Vereinsleben und das Ehrenamt, die Flüchtlingssituation sowie der Ar-

beitsmarkt. Bedarf wurde in diesen Themenfeldern etwa beim Übergang von Schule zu



Beruf, bei der außerschulischen Bildung, bei der Mobilität im ländlichen Raum, dem bedarfsgerechten Wohnen und altersgerechten Quartieren, Barrierefreiheit, der (interkommunalen) Vernetzung, ambulanten Systemen, einer breiten Gesundheitsversorgung, der Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Pflege, der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege, der Sprachförderung von geflüchteten Menschen sowie

regionalen Projekten zum Abbau der Arbeitslosigkeit gesehen.

Martin Pfafferott vermerkte für das Landesbüro NRW der FES die angesprochenen Stichpunkte und kündigte an, dass sich die Friedrich-Ebert-Stiftung nun gemeinsam mit den Akteur_innen vor Ort Gedanken machen werde, welche der Themen in welchem Format diskutiert werden sollten.

Tim Kähler, Bürgermeister der Stadt Herford, zeigte sich in seinem Schlusswort dankbar für die vielen Anregungen und unterstrich, dass die Herausforderungen des demografischen Wandels keine Horrorszenerarien seien. Gerade angesichts der vielfältigen Herausforderungen der Kommunen, der vielen ihnen übertragenen Aufgaben und schwierigen Haushaltslagen, seien die Vernetzung von jungen und alten Menschen vor Ort, neue Initiativen und kluge Lösungen wichtig. Für all diese Probleme und Aufgabenstellungen gäbe es zwar keine Patentrezepte, dennoch sei es wichtig, sich gemeinsame Ziele zu setzen und dafür Lösungen zu erarbeiten.



Textautor: Damian Jordan

Redakteur: Martin Pfafferott, Landesbüro Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos: Heike Dröge